

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Airbus - Preussag-Salzgitter - Börsenumsatzsteuer - EG-Stahlindustrie - EG- Fusionskontrolle

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1989) : Kurz kommentiert: Airbus - Preussag-Salzgitter - Börsenumsatzsteuer - EG-Stahlindustrie - EG-Fusionskontrolle, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 10, pp. 481-482

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/136563>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Airbus

Kostentreibender Fertigungstourismus

Trotz steigender Verkaufserfolge – gemessen am Auftragsvolumen hat Airbus Industries bereits einen Anteil von gut 20% am Markt für Verkehrsflugzeuge – hängt das europäische Gemeinschaftsprodukt Airbus immer noch am Subventionstropf. In allen an der Produktion beteiligten Ländern bringen die Regierungen aus Steuermitteln erkleckliche Beträge für Entwicklung, Produktion und Absatz auf. Sie sollten daher auch bestrebt sein, jede Gelegenheit zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit zu ergreifen.

Ein wichtiger Grund dafür, daß der Airbus bisher noch nicht zu einem wirtschaftlichen Erfolg geworden ist, ist in der unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten nur als irrational zu bezeichnenden, dafür aber nationale Egoismen berücksichtigenden Produktionsweise zu sehen, die durch einen kostentreibenden „Fertigungstourismus“ gekennzeichnet ist: die Flugzeugteile und halbfertigen Flugzeuge werden bis zur endgültigen Auslieferung in Toulouse zwischen den verschiedenen Produktionsstandorten hin und her transportiert.

Die angesichts der steigenden Nachfrage in Frankreich auftretenden Produktionsengpässe wären eine gute Gelegenheit, durch einen Verzicht auf die Erweiterung in Toulouse und die Errichtung einer zweiten Endmontage in Hamburg für das Modell A320 eine erhebliche Kostensenkung zu erreichen. Das Einsparungspotential einer solchen Maßnahme wurde in einem Gutachten auf mindestens 70 Mill. DM jährlich beziffert. Es ist im Interesse der deutschen Steuerzahler, denen seit Jahren ein Subventionsabbau versprochen wird, zu hoffen, daß dieses Konzept gegen den Widerstand der Franzosen, die auf bisher in ihrem Zuständigkeitsbereich liegende prestigeträchtige Arbeiten verzichten müßten, durchgesetzt wird. wei

Preussag – Salzgitter

Rekonvaleszenten-Hochzeit

Mit Preussag und Salzgitter wollen sich zwei Unternehmen zusammenschließen, die als Rekonvaleszenten anzusehen sind. Beide wurden in den letzten Jahren als Übernahmekandidaten behandelt. Wesentliche wettbewerbsrechtliche Probleme wird es bei der nun geplanten

Fusion wohl nicht geben; die Tätigkeitsfelder der beiden Konzerne überschneiden sich kaum. Deshalb ist auch nicht mit Rationalisierungseffekten zu rechnen, was dem Betriebsrat eine Zustimmung erleichtern dürfte. Zu fragen bleibt allerdings, worin der ökonomische Sinn dieses Zusammenschlusses besteht. Wie immer in diesen Fällen haben die Beteiligten hier Antworten parat; recht zu überzeugen vermögen sie aber nicht. Einer der wichtigsten Gründe für die angestrebte Verbindung scheint zu sein, daß es sich hier um zwei niedersächsische Unternehmen handelt und die Konzernzentrale von Salzgitter daher nicht in ein anderes Bundesland abwandert.

Für den Bund ist der geplante Zusammenschluß eine einfache Möglichkeit, Salzgitter endlich zu privatisieren. Ein Geschäft macht er allerdings nicht: Der Kaufpreis wird wohl niedriger sein als derjenige Betrag, der aus dem Bundeshaushalt zur Sanierung bisher zugeschossen wurde, zumindest wenn man auch Zinsen berechnet. Und angesichts der derzeitigen Diskussion um die Bankenmacht ist es mehr als ein Schönheitsfehler, wenn nun der Staat durch eine Bank als Hauptaktionär ersetzt wird. Der Bund als Verkäufer sollte daher darauf dringen, daß die Westdeutsche Landesbank, die 45% des Grundkapitals von Preussag hält, ihre Beteiligung nach einer Übergangszeit an der Börse plaziert.

mk

Börsenumsatzsteuer

Abschaffung kein Allheilmittel

Mitglieder der Banken- und Börsenvorstände, der Bundesbank, der Bundesregierung, aber auch der Länderregierungen und der EG-Kommission haben sich in den letzten fünf Jahren wiederholt erfolglos für die Abschaffung der Börsenumsatzsteuer eingesetzt. Die Chancen, daß der vom Bundesrat neu vorgelegte und zur Zeit im Bundestag beratene Gesetzentwurf verwirklicht wird, sind nunmehr eher günstig, obwohl die Argumente der Befürworter immer die gleichen geblieben sind: Die Steuer wirke wettbewerbshemmend für den Finanzplatz Bundesrepublik, heißt es vor allem. Sie würde in vielen anderen EG-Ländern und in den USA nicht erhoben. Außerdem sei sie eine Bagatellsteuer.

Das Finanzministerium war bisher anderer Meinung, zumal sich die Börsenumsätze in nur wenigen Jahren verfünffachten und die Steuereinnahmen von

153 Mill. DM 1981 auf 748 Mill. DM 1985 anstiegen. 1989 sollen es etwa 650 Mill. DM sein. Diesem Zuwachs stand die Steuer von 2,5 Promille je Wertpapiergeschäft auch nicht im Wege. Eine gewisse kostenbedingte Beschränkung des weltweiten Hin und Her kurzfristiger Milliardenbeträge wäre aus Stabilitätsgründen auch nur zu begrüßen. Die aufgrund wachsender Finanzspekulation zunehmenden Risiken und Stabilisierungsanforderungen an den Staat würden sich so zudem wenigstens teilweise bei den Verursachern bemerkbar machen. Natürlich wäre dabei ein gleichgerichtetes Vorgehen aller Industrieländer am wirkungsvollsten. Im übrigen hängt die Wettbewerbsfähigkeit eines Finanzplatzes keineswegs nur von der Börsenumsatzsteuer ab. Viel wichtiger für den Finanzplatz Frankfurt sind eine international wettbewerbsfähige Technik und Organisation und eine einheitliche europäische Währung. de

EG-Stahlindustrie

Italienische Verschleppungstaktik

Italien versucht weiterhin seine sattsam bekannte Stahlpolitik zu Lasten anderer europäischer Länder zu betreiben. Unter strengen Umstrukturierungsauffagen waren Ende letzten Jahres noch einmal gigantische Subventionen für die marode staatliche italienische Stahlindustrie genehmigt worden. Trotz des verständlichen harten Widerstandes der deutschen Stahlindustrie gegen diese eigentlich unzulässigen Beihilfen hatte schließlich auch die Bundesregierung den EG-Subventionsbeschluß mitgetragen. Entscheidend waren dafür nicht zuletzt die italienischen Verpflichtungen zum Kapazitätsabbau. So sollte die Flüssigstahlphase im neapolitanischen Stahlwerk Bagnoli bis Ende Juni 1989 stillgelegt werden.

Aufgrund innenpolitischer Probleme und guter Stahlkonjunktur erreichte Italien in Brüssel immerhin eine Verlängerung des Schließungstermins bis Ende März 1990. Diesen „Kapazitätsabbau nach italienischer Art“ versucht die Regierung in Rom auch über den März-Termin hinaus zu betreiben. Allerdings sind die Kommission und die anderen EG-Länder nicht länger willens, die italienische Verschleppungstaktik zu tolerieren. Ist die italienische Regierung zur Schließung nicht bereit, dann bleibt der Kommission nur der Klageweg vor dem Europäischen Gerichtshof, wenn der Subventionskodex nicht unglaubwürdig werden soll. Verbunden wäre damit – abgesehen von der Ver-

schlechterung der stahlpolitischen Verhandlungsposition gegenüber Drittländern – ein erheblicher integrationspolitischer Schaden. Dieser wäre um so gravierender, als das Verfahren in die letzte Phase des Binnenmarktprogramms fiele. Es ist daher zu hoffen, daß sich die italienische Regierung auf ihre Verpflichtungen besinnt und sie erfüllt. kr

EG-Fusionskontrolle

Streit um Kriterien

Die französische Präsidentschaft des Europäischen Rates hat einen neuen Vorstoß für eine europäische Fusionskontrollverordnung unternommen. Sie möchte noch in ihrer Amtsperiode – also bis Jahresende – eine Übereinkunft erzielen. Einig ist man sich im Rat inzwischen über eine relativ hohe Aufgreifschwelle von 5 Mrd. ECU. Eine etwaige Absenkung dieser Schwelle soll zukünftigen Entscheidungen überlassen bleiben. Damit wird die Bedeutung der europäischen Zusammenschlußkontrolle erst einmal beschränkt und ein Teil der Auseinandersetzung vertagt.

Der aktuelle Streit betrifft insbesondere die Kriterien, nach denen die Kommission über die Vereinbarkeit einer Fusion mit dem gemeinsamen Markt zu entscheiden hat. In der Diskussion und in den Entwürfen tauchen immer wieder Gesichtspunkte auf, die von der grundsätzlichen Frage, ob ein Zusammenschluß zu Marktbeherrschung führt, zumindest ablenken oder sogar industriepolitischen Mißbrauch ermöglichen: So sollen nach dem neuesten Verordnungsentwurf auch regionalpolitische Aspekte oder die internationale Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Unternehmen berücksichtigt werden.

Vor einer derartigen Verwässerung der Fusionskontrolle ist um so mehr zu warnen, als wettbewerbsbezogene und andere Kriterien von derselben Institution gegeneinander abgewogen werden sollen; angesichts der Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaften ist ein zweistufiges Entscheidungsverfahren nicht realisierbar. Daher besteht die Gefahr, daß die verschiedenen Gesichtspunkte miteinander vermischt werden und die politische Verantwortung für eine Ausnahmegenehmigung nicht klar zurechenbar ist. Hier heißt es also aufpassen: Andere als auf den Wettbewerb bezogene Kriterien müssen aus dem Verordnungsentwurf wieder entfernt werden. kra